

Aus dem Newsletter von Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

In energie-gewendet.de:



Prof. Vahrenholt:

Heute befasse ich mich mit den Auswirkungen der Energiepolitik auf unsere Lebensmittelpreise, auf die Benzinpreise und dem Deutschlandplan zum Wiedereinstieg in die Kernenergie.

Die Gasspeicher in Deutschland sind nur zu 56 % gefüllt, so dass die Bundesregierung nun doch eingreift und den bundeseigenen Gaseinkäufer SEFE angewiesen hat, Gas zu Höchstpreisen zu kaufen. Knappheit treibt den Preis. Im Juli diesen Jahres hatte ich auf die drohende Notlage hingewiesen. Nichts passierte, als Gas noch etwa 50 % preiswerter war.

Energiepreise treiben Inflation und Lebensmittelpreise

Haupttreiber der Inflation in Deutschland sind die massiv gestiegenen Energiepreise. Während die Inflationsrate sich noch bei 2,9 % befindet, sind die Preise für Energie, Strom und Gas um 10,5 % gestiegen. Dass Deutschland die höchsten Strompreise aller Industriestaaten aufweist, hat seine Ursache im Doppelausstieg aus Kernenergie und Kohlekraft, der hohen Belastung durch CO₂-Zertifikate und den immensen Systemkosten von Wind- und Solarenergie.

Beim Gas liegt die Lage etwas anders. Seit der Einführung des Fracking-Verbots in Deutschland unter Kanzlerin Merkel war Deutschland "alternativlos" auf preiswertes russisches Pipelinegas angewiesen. Der Vergleich der Kosten von Erdgas in den USA und den Kosten für importiertes Flüssiggas (LNG) in Deutschland zeigt den Preisschock für Industrie und Verbraucher auf: Verflüssigung, Transport und Regasifizierung macht das Gas dreimal so teuer, dann kommt die CO₂-Abgabe hinzu und es wird 4-5 mal so teuer. Da zudem Gas in Deutschland im aktuellen Krisenmarkt knapp ist, führt das am Ende auf ein 8 bis 9-mal so teures Gas wie in den USA.

Der Verzicht auf eine eigene Gasförderung zugunsten des Imports russischen Gases wirkt sich nun nach der Sprengung der Pipelines und der Sperrung der Straße von Hormuz fatal aus: Haushaltskunden zahlen aktuell um 12 Cent/kWh Gas. Aber dieser Gaspreis ist noch nicht im Einkaufskorb gelandet.

Steigt der Gaspreis, folgen die Preise für Stickstoffdünger. Rund die Hälfte der weltweiten Nahrungsmittelproduktion hängt direkt oder indirekt am synthetischen Stickstoffdünger. Die BASF hat ihre Anlagen zur Stickstoffdüngerproduktion stillgelegt. Der zweite große Standort SKW Piesteritz in Sachsen-Anhalt hatte bereits 2025 die Produktion eingestellt, wieder angefahren und droht nun erneut mit der Drosselung auf Grund hoher Kosten für

importiertes Erdgas. Dazu gesellt sich im Übrigen auch noch die CO₂- Abgabe (bei der Ammoniakherstellung entsteht zwangsweise CO₂), die in den nächsten Jahren die Produktion in Deutschland ohnehin unwirtschaftlich machen würde.

Der größere Schaden entsteht dabei nicht sofort, sondern über Mengeneffekte im nächsten Jahr. Bei hohen Düngerkosten reduzieren Landwirte die Stickstoffgabe, was zu Ertragsausfällen und damit zu Preissteigerungen im nächsten Jahr führt.

Der größte Abzocker an der Tankstelle ist Finanzminister Klingbeil

Super E5 kostet zurzeit etwa 2,34 € pro Liter, Diesel rund 2,40 €. Beim Super kassiert der Finanzminister die Energiesteuer in Höhe von 65,45 ct pro Liter, der CO₂ Preis beträgt 15,4 ct pro Liter, die Treibhausgasquote verteuert den Sprit noch einmal um 12-20 ct pro Liter. Letzteres (rd. 10 Mrd. €) bekommt der Finanzminister zwar nicht, sondern die Biokraftstoffhersteller. Der Finanzminister kassiert aber die Mehrwertsteuer dafür. Die Mehrwertsteuer beträgt insgesamt 36,4 €ct pro Liter. Damit gehen 51 % des Spritpreises an den Staat..

An den gestiegenen Ölbeschaffungskosten verdient der Finanzminister kräftig mit. Wenn wir davon ausgehen, dass die Ölpreise bis Ende des Jahres so hoch bleiben, erhöht die Mehrwertsteuer sich um 5 Milliarden € und die CO₂ Steuer (die in diesem Jahr um 10 € pro t CO₂ erhöht wurde) um 1,6 Milliarden. Eine fette Beute, von der der Finanzminister mit der Forderung nach einer Übergewinnsteuer ablenken will. Die 5 Milliarden muss sich der Bundesfinanzminister mit den Bundesländern teilen.

Ohne staatliche Abgaben hätte Deutschland den niedrigsten Dieselpreis und den zweitniedrigsten Benzinpreis in ganz Europa! Das Benzin würde 95 ct pro Liter kosten.

Es haben übrigens folgende Länder noch keinen CO₂-Preis auf Kraftstoffe eingeführt: Italien, Spanien, Griechenland, Portugal, Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Belgien. Deutschland ist immer vorne dabei, wenn es darum geht mit der CO₂-Erzählung "wir retten die Welt" den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Zeit für Kernkraft

Seit gestern ist unser neues Buch "Zeit für Kernkraft- Schlüssel zum Wohlstand" (Vahrenholt/Peters) im Buchhandel. Es ist nicht anzunehmen, dass Vertreter der Bundesregierung das Buch in die Hand nehmen, lesen und beherzigen. Machen Sie sich

schlauer als die Koalitionäre, die das Wort Kernenergie aus der Regierungsvereinbarung gestrichen haben, und schauen Sie mal in das Buch hinein.

Für Interessenten hier der im Buch enthaltene Deutschlandplan Kernenergie.

Unser Deutschlandplan umfasst folgende Punkte:

1. Das Atomgesetz wird geändert, um die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland wieder zu ermöglichen.
2. Das für Windkraft- und Solaranlagen gesetzlich festgestellte »überragende öffentliche Interesse« wird auf Anlagen der Kernenergie übertragen, damit Genehmigungsverfahren beschleunigt werden können.
3. Das Standortauswahlgesetz für Endlager wird an die künftig nach Transmutation zu erwartenden deutlich kürzeren Endlagerzeiträume angepasst.
4. Das ALARA („so gering wie möglich“)-Prinzip im Strahlenschutz wird – wie in den USA – nicht länger als faktisch absolutes Minimierungsgebot, sondern als Optimierungsprinzip im Verhältnis zur natürlichen Radioaktivität angewendet.
5. Sämtliche nachgeordneten Behörden, die mit dem Kernenergiekreislauf befasst sind, werden durch einen neuen Errichtungszweck von der Verhinderung kerntechnischer Nutzung auf deren Ermöglichung neu ausgerichtet.
6. Zur Bündelung aller energiepolitischen Kompetenzen wird ein Energieministerium mit einem neuen Schwerpunkt Kernenergie geschaffen.
7. Eine gesellschaftliche Kampagne zu Reindustrialisierung, Versorgungssicherheit, Kerntechnik und geopolitischer Souveränität schafft die vorpolitischen Voraussetzungen für den Wiedereinstieg.
8. Soweit technisch möglich, werden bestehende Kernkraftwerke wieder in den Leistungsbetrieb zurückgeführt.
9. Die vorhandenen Kernkraftwerksstandorte werden für den Bau neuer Großreaktoren gesichert und genutzt.
10. Small Modular Reactors (SMR) und inhärent sichere Reaktorkonzepte der IV. Generation werden gezielt gefördert.
11. SMRs und Kraftwerke der IV. Generation werden an Standorten ehemaliger Kohlekraftwerke sowie in großen Industriebetrieben errichtet.

12. An jeder Technischen Hochschule Deutschlands werden neue Lehrstühle für Kerntechnik eingerichtet. Gleichzeitig wird die Kerntechnik wieder zur wichtigsten Säule des Energieforschungsprogramms.

13. Die Forschungszentren Jülich und Karlsruhe – früher Kernforschungsanlagen von Weltklasseniveau –, die seit 2015 keine Kernkrafttechnik mehr verfolgen dürfen, nehmen wieder Spitzenforschung auf dem Gebiet der Kerntechnik auf.

14. Deutschland wird wieder aktives Mitglied der europäischen und internationalen Kernenergieorganisationen

Herzlichst

Ihr

Fritz Vahrenholt